

Tabelle VII.

1918	Magdeburger Pegel m	Hamburger Leitungswasser		Hamburger Rohwasser bei Zollenspieker, rechtes Ufer		Magdeburger Leitungswasser, rechtes Ufer	
		Kalium Natrium		Kalium Natrium		Kalium Natrium	
		mg im Liter		mg im Liter		mg im Liter	
Jan.-März.	+ 1,46	7	70	8	106	8	105
April.-Juni.	+ 0,62	11	109	12	135	11	145
Juli-Septbr.	+ 0,53	9	127	12	153	11	129
Okt.-Dezbr.	+ 0,71	9	105	9	128	9	79
Jahresdurchschnitt 1918	+ 0,83	9,0	102,8	10,3	130,5	9,8	114,5
Jahresdurchschnitt 1917	+ 1,33	8,8	95,3	9,8	121,8	11,3	111,3
Jahresdurchschnitt 1916	+ 1,73	7,0	69,8	8,3	77,0	8,1	57,8

Die Restmengen der wöchentlichen Probenahmen vom Hamburger Leitungswasser, vom Hamburger Rohelbewasser, Zollenspieker rechtes Ufer, und vom Magdeburger Leitungswasser, rechtes Ufer, wurden wiederum gesammelt behufs Fertigung von Vierteljahrsdurchschnittsbestimmungen des Kalium- und des Natriumgehaltes. Die Resultate ergibt Tabelle VII.

Von diesen Befunden ist im allgemeinen dasselbe zu sagen wie von denen der Vorjahre: Im Hamburger Leitungswasser sind sie durch die Zumischung von reinerem Grundwasser gegenüber dem Hamburger Rohwasser und dem Magdeburger Leitungswasser herabgedrückt, während sie im Hamburger Rohwasser meist höhere Gehalte aufweisen als im Magdeburger Leitungswasser.

[A. 20.]

Verlängerung der Patentdauer.

(Eingeg. 12./3. 1919.)

Wie bereits in dieser Zeitschrift (32, II, 128 [1919]) kurz mitgeteilt, hat sich das Reichsministerium der Justiz von neuem mit der Frage einer Verlängerung der gewerblichen Schutzrechte beschäftigt. Es hat auf Einladung dieser Behörde am 19./2. d. J. eine Besprechung von Sachverständigen stattgefunden, zu der hauptsächlich Vertreter derjenigen Verbände und sonstigen Organisationen eingeladen waren, die bereits an der Besprechung im Reichsamt des Innern im Dezember 1916 teilgenommen haben. Es waren dies: Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums, Verband westdeutscher Industrieller, Verband Deutscher Patentanwälte, Verein Deutscher Ingenieure, Deutscher Industrie- und Handelstag, Bund der technisch-industriellen Beamten, Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, Verband der Gewerbe- und Handwerker-Vereinigungen, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Zentralverband der deutschen elektro-technischen Industrie.

Außerdem war auch der bereits in der früheren Notizerwähnte, auf Anregung des Herrn Professor Dr. Junkers in Dessau gebildete Ausschuß für Patentverlängerung und unser Verein vertreten, letzterer durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Diehl, und den Unterzeichneten.

Der sehr ausführlichen Besprechung lagen verschiedene Vorschläge zugrunde, von denen der eine im Reichsministerium der Justiz entstanden ist, allerdings nach Mitteilung des den Vorsitz führenden Unterstaatssekretärs Delbrück noch keine verbindliche Stellungnahme der Behörde darstellen soll, da insbesondere der neue Reichsminister der Justiz, Herr Landsberg, noch keine Gelegenheit gehabt hat, sich mit der Frage zu beschäftigen. Außerdem lag eine ausführliche Denkschrift des Ausschusses für Patentverlängerung vor, die vor der Sitzung allen Eingeladenen zugestellt worden war.

Die Erörterung erstreckte sich zunächst auf die Frage, ob überhaupt eine Verlängerung der gewerblichen Schutzrechte vorgenommen werden soll. Es stellte sich bei der Erörterung heraus, daß unbedingte Gegner der Verlängerung nur die Vertreter des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten, des Zentralverbandes der Deutschen elektrotechnischen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages waren, die indessen zugeben mußten, daß auch unter den Angehörigen ihrer Verbände eine erhebliche Minderheit Anhänger der Verlängerung sei.

Von allen anderen Seiten, insbesondere von den Vertretern der chemischen Industrie, der mittleren und kleinen Industrie, und

der Spezialindustrien, ferner auch von den Vertretern der Kreise der Erfinder, vor allem auch dem Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten, wurde dagegen warm für die Verlängerung eingetreten. Namentlich ist hervorzuheben, daß sich der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums, der sich früher gegen die Verlängerung ausgesprochen hat, jetzt dafür erklärt hat. Auch die Vertreter der Behörden schienen ihren früheren ablehnenden Standpunkt aufzugeben zu haben; insbesondere bestand der Eindruck, daß der Präsident des Patentamts keinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt einnimmt. Bezüglich der Verlängerung der Gebrauchsmuster waren allerdings auch noch einige weitere Stimmen dagegen, so hält der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums eine Verlängerung der Gebrauchsmuster nicht für angebracht, da sie außer Verhältnis zu der Gesamtdauer des Gebrauchsmusterschutzes stehen würde und die Bedeutung der Gebrauchsmuster für den Fortschritt der Technik überhaupt geringer sei. Andererseits wurde hervorgehoben, daß gerade das Gebrauchsmuster für viele kleine Gewerbetreibende von größter Bedeutung sei und deshalb seine Verlängerung mindestens ebenso berechtigt wie die der Patente.

Die Gegner der Patentverlängerung haben kaum neue Gesichtspunkte vorbringen können, und es kann in dieser Beziehung auf den Vortrag des Unterzeichneten auf der Hauptversammlung in Cassel (Angew. Chem. 31, I, 225 [1918]) verwiesen werden. Besonders unterstrichen wurde die Behauptung, daß durch die Verlängerung eine große Rechtsunsicherheit herbeigeführt werden würde, da es im einzelnen Fall ungewiß bleiben werde, ob ein Patent verlängert sei oder nicht, und wie es sich mit dem Bestehen eines Zwischenbenutzungsrechts für diejenigen verhalte, die den Gegenstand einer erloschenen Schutzrechte vor dessen Wiederbelebung in Benutzung genommen haben.

Es wurde diesen Einwänden entgegeng gehalten, daß diese Schwierigkeiten durch die Einzelbestimmungen bei Durchführung der Patentverlängerung beseitigt werden könnten, soweit nicht überhaupt schon durch die vorgeschlagene Formulierung volle Klarheit geschaffen sei.

Im ganzen bestand der Eindruck, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Anwesenden, die auch die Mehrzahl der Interessenten vertraten, darin übereinstimmten, daß eine Verlängerung der gewerblichen Schutzrechte im Interesse der deutschen Technik notwendig sei.

Nach dieser allgemeinen Erörterung wurde in eine Besprechung der einzelnen Vorschläge eingetreten.

Für die Schutzrechte, die vor dem 1./8. 1914 angemeldet sind, bestand Einigkeit darüber, daß die Verlängerung in der Weise vorzunehmen wäre, daß die Zeit vom 1./8. 1914 bis 31./7. 1919 nicht auf die Schutzdauer angerechnet werden soll. Für die während der genannten Zeit angemeldeten Schutzrechte lagen zwei Vorschläge vor. Nach dem einen sollten diese sämtlichen Schutzrechte so behandelt werden, als wenn ihre Schutzdauer am 1./8. 1919 begünne. Nach dem anderen Vorschlag sollte die Zeit bis zum Beginn des auf den 31./7. 1919 folgenden nächsten Jahrestages des Beginns der Schutzdauer als erstes Patentjahr, bei Gebrauchsmustern die Zeit bis zum Beginn des auf den 31./7. 1919 folgenden dritten Jahrestages des Beginns der Schutzdauer als erste Schutzperiode von drei Jahren gelten. In beiden Fällen sollte diese Berechnung lediglich für die Dauer und die Höhe und Fälligkeit der Gebühren gelten, nicht aber für die Beurteilung der Schutzfähigkeit und des Anmeldevorrats.

Gegen den zweiten Vorschlag wurde eingewendet, daß er in gewissen Fällen eine Verkürzung der beabsichtigten Verlängerung herbeiführen würde. Andererseits wurde vom Präsidenten des Patentamts hervorgehoben, daß der erste Vorschlag nicht durchführbar sei, weil er eine Kontrolle der Gebührenangelegenheiten im Patentamt unmöglich mache.

Einigkeit bestand darüber, daß für die Zeit vom 1./8. 1914 bis 31./7. 1919 Gebühren nicht gezahlt und bereits gezahlte Gebühren auf die spätere Zeit verrechnet werden sollen, daß dagegen Rückzahlungen bereits gezahlter Gebühren in keinem Falle stattfinden.

Größere Meinungsverschiedenheiten bestanden über die Frage der Verlängerung der Präklusivfrist für Nichtigkeitsklagen. Nach einem Vorschlag sollte die Präklusivfrist gleich der Patentdauer um die gesamte Kriegsdauer bzw. den in die Kriegsdauer fallenden Teil verlängert werden. Nach einem zweiten sollte die Nichtigkeitsklage gegen Patente, für die die Präklusivfrist am 1./8. 1914 noch nicht abgelaufen war, noch bis zum 31./12. 1919 zulässig sein, sofern die gesetzliche Frist nicht später abläuft. Nach einem dritten Vorschlag sollte nur für erloschene Patente eine Verlängerung der Präklusivfrist eintreten, derart, daß auf ihren Lauf die Zeit vom

Erlöschen des Patents bis zum Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Verlängerung nicht angerechnet werden soll. Eine Übereinstimmung über diesen Punkt konnte nicht erzielt werden. Indessen schien der zweite Vorschlag die Mehrheit für sich zu haben.

Zum Schutz derjenigen, die nach dem Erlöschen eines Schutzrechts den geschützten Gegenstand in Benutzung genommen haben, sollte nach allen Vorschlägen ein Recht auf Weiterbenutzung gewährt werden, wobei der Schutzinhaber für die Zeit vom 1./8. 1919 ab Anspruch auf angemessene Vergütung haben sollte. Meinungsverschiedenheiten bestanden darüber, ob die Benutzung eine gewerbsmäßige gewesen sein und vor welchem Zeitpunkte sie stattgefunden haben müsse. Für das Erfordernis der gewerbsmäßigen Benutzung wurde angeführt, daß es sich nicht wie bei dem Vorbenutzungsrecht aus § 5 des Patentgesetzes um den Schutz eines selbständigen Neuerfinders handle, sondern nur um den Schutz von Arbeiten, die auf den Leistungen anderer, nämlich der Schutzinhaber, aufgebaut sind. Als Zeitpunkt, vor dem die Inbenutzungnahme begonnen haben muß, war nach einem Vorschlag das Inkrafttreten des Gesetzes in Aussicht genommen, während der andere Vorschlag einen weiter zurück liegenden Stichtag (z. B. 1./10. 1918) wünschte. Durch letzteres sollte vermieden werden, daß nach Bekanntwerden des Gesetzesvorschlags noch künstlich Vorbenutzungsrechte geschaffen würden. Die überwiegende Meinung ging indessen dahin, daß eine solche Gefahr nicht sehr groß, ihr vielmehr durch die Vorschrift einer Vergütung an den Schutzinhaber genügend vorgebeugt sei. Das in den verschiedenen Vorschlägen enthaltene Erfordernis der Gutgläubigkeit der Benutzung wurde für unnötig gehalten, weil eine Inbenutzungnahme des Gegenstandes eines erloschenen Schutzrechts immer gutgläubig sei.

Von mehreren Seiten wurde der Vorschlag gemacht, es solle für diejenigen Patente, die während der Kriegszeit erloschen sind, aber infolge der Verlängerung wieder anleben, jedermann eine Zwangslizenz gewährt werden, ohne daß es des besonderen Nachweises eines öffentlichen Interesses oder einer Zwischenbenutzung bedürfen soll. Dagegen wurde geltend gemacht, daß durch eine derartige Bestimmung in sehr vielen Fällen die Verlängerung für den Patentinhaber gänzlich wertlos werden würde. Insbesondere würden dadurch kapitalkräftige Industrieunternehmen in die Lage versetzt werden, die Inhaber solcher Patente zu vergewaltigen.

Ferner wurde vorgeschlagen, auch denjenigen die Erlangung einer Zwangslizenz zu ermöglichen, die Vorbereitungen getroffen haben, um Patente in Benutzung zu nehmen, deren normale gesetzliche Schutzdauer in absehbarer Zeit ablaufen würde. Es wurde ausgeführt, daß solche Vorbereitungshandlungen in durchaus berechtigter Weise und mit beträchtlichen Aufwendungen vorgenommen sein können, so daß den Betroffenen ein ungerechtfertigter Schaden erwachsen würde, wenn die Aufnahme der Benutzung durch die Verlängerung unmöglich gemacht würde. Gegen diesen Vorschlag wurde eingewendet, daß er leicht zu Mißbräuchen führen könne. Es sei leicht, solche Vorbereitungshandlungen noch nachträglich zu konstruieren, besonders wenn kein zurückliegender Stichtag festgesetzt würde.

In einem Vorschlag war die Vorschrift enthalten, daß einzelnen Schutzrechten, deren Verwertung durch den Krieg nicht oder nur in geringem Maße gehemmt worden ist, so daß die Verlängerung nicht der Billigkeit entsprechen würde, diese Verlängerung auf Antrag versagt werden könne. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß eine solche Möglichkeit zu unlauteeren Machenschaften führen könne, die zu einem unbefugten Eindringen in die Geschäftsgemeinschaft der Schutzinhaber führen könnten, und daß außerdem durch die Verzögerung der Entscheidung eine große Rechtsunsicherheit geschaffen werden würde. Keiner der Anwesenden sprach sich für die Gewährung eines derartigen Antragsrechts aus.

Solchen Schutzinhabern, die Angehörige ausländischer Staaten sind und keinen Wohnsitz oder keine Niederlassung innerhalb Deutschlands haben, sollen die Vergünstigungen nach allen Vorschlägen nur gewährt werden, wenn in den betreffenden Staaten den deutschen Reichsangehörigen Gegenseitigkeit gewährt wird. Es wurde jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Vermeidung von Unsicherheiten nötig sei, eine Frist zu setzen, innerhalb deren die Gegenseitigkeit gewährt sein müsse.

Es ist zu hoffen, daß auf Grund des Ergebnisses der Besprechung das Reichsministerium der Justiz demnächst mit bestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten wird.

Patentanwalt Dr. W. Karsten, Berlin.

[A. 39.]

Bemerkungen zu dem Aufsatz „Neue Zeiten“ in Nr. 7 der Chemiker-Zeitung.

Von ALFRED STOCK.

(Nach einem Vortrag in der Februarsitzung des Märkischen Bezirksvereins deutscher Chemiker.)

Infolge des Ausfalls unserer Januarsitzung kommen die folgenden Bemerkungen zu dem in Nr. 7 der Chemiker-Zeitung (15./1. 1919) erschienenen, wohl von manchem Leser mit Unbehagen aufgenommenen Aufsatz „Neue Zeiten“ etwas verspätet. Sie richten sich weniger gegen den Verfasser, als gegen den Abdruck derartiger unrichtiger, die deutsche Chemie herabsetzender und uns im Auslande schädlicher Veröffentlichungen durch die Chemiker-Zeitung.

Meine Bemerkungen seien an kurze, kennzeichnende Zitate aus dem Aufsatz geknüpft.

Des letzteren Geist erhellt bereits aus den einleitenden Sätzen: „Gibt es bei uns keine freien Angestellten des Chemikerstandes, die der Hebung ihres Berufsstandes mehr Zeit und Tatkraft widmen? Wie viele fühlen sich nur als Arbeitssklaven?“ So sehr ich anerkenne, daß die wirtschaftlichen und Standesverhältnisse unserer deutschen Chemiker in vielen Beziehungen zu wünschen übrig lassen und dringend Besserung verlangen, so scheint mir doch der Ausdruck „Arbeitssklaven“ wenig am Platze zu sein. Er erinnert allzusehr an den Sklavenbefreier Spartakus! Wer während des Krieges beobachtet hat, wie sich unsere Chemiker, alt und jung, den verschiedenartigen Kriegsaufgaben in recht wissenschaftlicher Begeisterung hingaben, muß schärfsten Einspruch dagegen erheben, daß auch nur ein Teil von ihnen als „Arbeitssklaven“ bezeichnet wird. Schon dieses eine Wort zeigt, was durch alles folgende bestätigt wird, daß dem Verfasser unsere deutschen Verhältnisse fremd sind.

Einer der ersten Abschnitte trägt die Überschrift „Chemiker-Ingenieure“, und es ist darin viel von diesen die Rede. Die deutsche Hochschulausbildung kennt keine „Chemiker-Ingenieure“. Unsere Akademiker sind entweder Chemiker oder Ingenieure. Beide Klassen arbeiten in der Praxis Hand in Hand, und man ist dabei gut gefahren. Die Ausbildung von Männern, die zugleich Chemiker und Ingenieure sind, dürfte bei den hohen Anforderungen, welche die Chemie und die Ingenieurkunst heute stellen, zu einer Halbheit führen, von der sich wenigstens die eigentlich chemische Industrie kaum Nutzen versprechen könnte.

„Die neue Liebig-Gesellschaft... Wenn diese Gesellschaft wirklich nur Universitätsstudenten und nicht die Chemiker und Chemiker-Ingenieure der Technischen Hochschulen mit Stipendien bedenken sollte, würde sie keineswegs im Sinne von Justus Liebig wirken...“ Die Liebig-Gesellschaft denkt natürlich nicht daran, die Angehörigen der Technischen Hochschulen von ihren Stipendien auszuschließen.

„Die Bestrebungen und Anschauungen im Auslande sollten eine Mahnung sein, daß wir lange genug die organische Chemie als ein Steckenpferd geritten und dabei andere Zweige der Chemie-Ingenieurkunst nicht so sehr gepflegt haben.“ Für diese Mahnung bedurfte es des Auslandes und des Verfassers nicht mehr! Kenner der deutschen chemischen Verhältnisse wissen, daß bei uns schon in den letzten Jahren vor dem Kriege, und zwar größtenteils auf Veranlassung des Vereins deutscher Chemiker, von den Unterrichtsverwaltungen und Hochschulen gerade die Pflege der anorganischen und physikalischen Chemie begünstigt wurde, mit erfreulichem Erfolge, wie die Errungenschaften unserer Industrie auf anorganischem und physikalisch-chemischem Gebiete lehren.

„Liebig-Gesellschaft... Baeyer-Stiftung... Gesellschaft zur Förderung des chemischen Unterrichts... Kaiser-Wilhelm-Institute. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß den Gründern kein oder fast kein pekuniäres und mazenartiges Verdienst zukommt, weil die Gelder fast gänzlich aus Gewinnen stammen, die durch zu hohe Preisbewilligungen seitens der früheren Regierung entstanden... sind.“ Hierüber kann man auch anderer Meinung sein! Jedenfalls dürfen die in den erwähnten Stiftungen angelegten Gelder keinesfalls als überflüssige Gewinne angesehen werden. Außer Gold ist den genannten Unternehmungen aber auch viel Arbeit und Organisationshilfe von industriellen Kreisen beigegeben worden.

„Welche von den lebenden und noch dozierenden deutschen Chemikern gelten in internationalen wissenschaftlichen Kreisen als wissenschaftliche Größen? Haben wir Grund zu behaupten, daß an den deutschen Universitäten und Hochschulen auch jetzt noch geborene Lehrer der chemischen Wissenschaft und Forschung... vorhanden sind?... Werden nicht oft die interessantesten und wichtigsten Arbeiten im Privatlaboratorium des Professors zugunsten